



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/91

20. April 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

|  |     |
|--|-----|
| Diplomaten aus der Arbeiterschaft  | S.1 |
| Gefahrenherd im Kalten Krieg -<br>Die Ereignisse in Indochina            | S.3 |
| Beratung oder Beeinflussung? -<br>Dr. Adenauers Rundfunk-Experte         | S.4 |
| Das Kommuniqué über die Sitzung des<br>Partei Vorstandes der SED in Bonn | S.6 |

---

### Diplomaten aus der Arbeiterschaft?

---

R.Sp. Wie der Leiter des Bonner Organisationsbüros für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen im Ausland, Staatsrat

Dr. Haas, kürzlich vor der Presse bekanntgab, sollen bei der Neuorganisation des deutschen Auswärtigen Dienstes in den grösseren Län-

dern und auch dort, wo soziale Fragen eine grosse Rolle spielen, den konsularischen Vertretungen besondere Sozialreferenten beigegeben

werden. Die Bundesregierung habe den Gewerkschaften ein Vorschlagsrecht für die Ernennung dieser Vertreter eingeräumt.

Damit wurde die in einem von der Bundeskanzlei herausgegebenen "Merkblatt über die Zulassung für den Höheren Auswärtigen Dienst"

gestellte Bedingung, wonach grundsätzlich abgeschlossenes Hochschulstudium für die Bewerber erforderlich sei, erstmalig in fortschritt-

lichem Sinne durchbrochen. Während sich in den Vereinigten Staaten jeder junge Amerikaner - ohne Rücksicht auf Abstammung und Schul-

bildung- zwischen 21 und 35 Jahren um einen Posten im "Foreign Service" bewerben kann, wenn er sich einer Prüfung unterzieht, sind in der

Schweiz überhaupt keine Examina für die Zulassung zum auswärtigen

Dienst vonnöten. Der Präsident der American Motion Picture Association und frühere Leiter der amerikanischen Handelskammer, Eric

Johnston, macht in seinem neuen Buch: "We're all in it" (Es geht uns alle an) sogar den Vorschlag, Gewerkschaftsfunktionäre als

diplomatische Vertreter zu entsenden.

Die amerikanische Presse nahm zu diesen Vorschlägen in positivem Sinne Stellung. So schrieb z.B. die "New York Herald Tribune"

u.a.: "In einem modernen Staat sind Aussen- und Innenpolitik unlösbar miteinander verbunden. Wie der Krieg von allen Staatsbürgern

in gleicher Weise Opfer und Einsatz verlangt, so erfordert die Aussenpolitik zu jeder Zeit das Verständnis und die Zustimmung aller.

Es geht nicht an, dass eine grosse Gruppe dabei ausgeschlossen wird und gerade der Arbeiterschaft fällt in dieser Hinsicht die Hauptrolle zu."

In Deutschland hat man sich immer zu sehr an Attribute wie Adelstitel oder akademische Grade geklammert, wodurch die schaffende Intelligenz zweifellos stark benachteiligt wurde. Immerhin

hatten die deutschen Gesandten Adolf Müller (Bern), Köster (Belgrad

und Reval) und Rauscher (Warschau) während der Weimarer Zeit Gelegenheit zu beweisen, dass auch die aus der Arbeiterschaft hervor-

gegangenen Diplomaten Deutschland im Ausland durchaus würdig zu vertreten wussten. Die neue deutsche Demokratie sollte allen die

gleichen Chancen geben, ungeachtet der Abstammung oder des akademischen Grades. Sie sollte es befähigten Politikern ermöglichen,

ohne Behinderung in die höchsten Stellungen auch der auswärtigen Politik aufzusteigen, wenn ihre Tüchtigkeit sie dazu qualifiziert.

### Gefahrenherd im Kalten Krieg

-----

sp. "Wir können diesen Kampf niemals militärisch gewinnen. Es ist, als wolle man versuchen, Moskitos mit einem Schlaghammer zu töten." Das ist das Fazit der Erfahrungen eines französischen Hauptmanns an der indo-chinesischen Front, an der neben Franzosen, Senegalesen und Algeriern Fremdenlegionäre kämpfen, darunter nach der Aussage eines deutschen Heimkehrers 15 000 frühere deutsche Kriegsgefangene.

Der Korrespondent der amerikanischen Zeitschrift "Time", dem der französische Offizier die resignierende Auskunft über den Stand der Dinge in Indochina gab, hat im Grunde nur gehört, was seit langem ein offenes Geheimnis ist. Seit vier Jahren führt Frankreich

Krieg gegen einen Feind, den es nicht fassen kann, der den Überfall aus den Dschungelverstecken der offenen Feldschlacht vorzieht, der

in die Berge oder in die Sümpfe oder in das undurchdringliche Dickicht zurückweicht, wenn er sein Werk der Zerstörung und des

Mordens verrichtet hat. Die französische Regierung weiss heute, daß sie diesen Kampf trotz des grossen und schwierigen Einsatzes mit

den Waffen nicht gewinnen, ihn aber auch nicht aufgeben kann. Sie hat - nicht zum ersten Mal - den Versuch gemacht, ihn politisch zu

gewinnen. Es sieht nicht danach aus, als hätte sie damit mehr Erfolg.

Die Namen Bao Dai, Ho Tschu Minh, Vietnam und Vietminh, die in den Nachrichten aus Asien immer wieder auftauchen, sagen dem

Nichteingeweihten nicht viel. Aber dahinter steht ein Problem, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Denn von dem Ausgang

des Ringens in dem Raum der bisherigen Kolonie Französisch-Indochina hängt für die Entscheidung im Kalten Krieg unendlich viel ab. Die

Auseinandersetzung in Indochina ist als ein mögliches Vorspiel eines dritten Weltkrieges bezeichnet worden, wie der Kampf in

Spanien das Vorspiel des zweiten gewesen ist. Hier steht Frankreich im Krieg mit einer Macht, die es nicht anerkennt, die aber von Pe-

king und dem Krenl als die einzige legitime Autorität in Indochina offiziell bestätigt ist. Ho Tschu Minh gilt den Franzosen als kom-

munistischer Rebellenführer, Bao Dai, Exkaiser von Annam und jetziges Staatsoberhaupt Vietnams, als eine französische Puppe. Auf die

Gefahr hin, das Maß der Verwirrung voll zu machen, darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Premierminister Indiens, Nehru, der bedeu-

tendste Staatsmann des nichtkommunistischen Asien, keineswegs die Auffassung des Westens in dieser Streitfrage teilt. Er sieht in

Ho Tschu Minh und seiner Vietminh-Bewegung den Ausdruck des nationalen Widerstandes der Asiaten gegen den europäischen Kolonialimpe-

rialismus, in Bao Dai nicht viel mehr als dessen Handlanger.

Heute spielt Indochina die Rolle des Balkans vor dem ersten Weltkrieg. Mit diesem Vergleich ist für den Europäer am deutlich-

sten, aber auch am unheimlichsten die Bedeutung der Vorgänge in dem ihm fernen und unbekanntem Land gekennzeichnet. Hier ist eine der

gefährlichsten Fronten der immer schärfer werdenden Auseinander-

setzung in Asien, doppelt gefährlich, weil hier eine europäische Macht im offenen Krieg steht mit einem Gegner, dem der Krenl eines Tages so offen seine Hilfe leisten könnte, wie Washington Bao Dai

mit Geld und Waffen zu unterstützen sich anschickt.

#### - - - - - Beratung oder Beeinflussung ? - - - - -

J.F.W. In der Auswahl seiner Berater und Mitarbeiter in Bonn hat sich Dr. Adenauer bisher von den verschiedensten, nicht immer

durchsichtigen Erwägungen leiten lassen, nur selten folgte er hierbei der Überlegung, die ihn ausschliesslich hätte führen müssen:

die besten Fachleute auf allen Gebieten zu seiner Unterstützung heranzuziehen. Ein neues Beispiel für seine unglückliche Hand in Per-

sonalfragen gab der Bundeskanzler mit der Berufung Dr. Raskops als Berater der Bundesregierung für das Rundfunkwesen.

Prof. Raskop ist ohne Zweifel ein Mann von beachtlicher Betriebsamkeit auf den verschiedensten Gebieten. Allein in den letzten Jahren versuchte er sich, teils neben- teils nacheinander, auf so unterschiedlichen Gebieten, wie im Direktorium eines Hüttenwerkes, auf dem Dozentenpult einer Lehranstalt, in den Wirtschaftsbehörden Nordrhein-Westfalens, im Verwaltungsrat des NWDR, als Mitherausgeber einer Tageszeitung und in der Leitung der neuen deutschen Wochenschau. Sicher ist unter seinen vielfachen Berufen die Tätigkeit Raskops beim NWDR in der Öffentlichkeit am stärksten bemerkt worden; doch waren es bekanntlich nicht fachliche Leistungen, die hier auf Prof. Raskop aufmerksam machten. Sie wären bei seiner verhältnismässig kurzen Bekanntschaft mit den komplizierten Problemen des Rundfunks auch kaum zu erwarten gewesen. Höchst unerquickliche Debatten um Personal- und Wirtschaftspolitik des NWDR lenkten das allgemeine Interesse auf ihn. Es waren bedenkenlos unternommene Versuche einer sehr persönlichen Rundfunkpolitik, die der Entwicklung des deutschen Rundfunks nur schaden konnten. Der Bundeskanzler sollte mitteilen, ob er in dieser Tätigkeit seines neuen Mitarbeiters dessen Befähigungsnachweis erblickt.

Diese Frage ist umso berechtigter, als Dr. Adenauer unter den deutschen Funkfachleuten wirklich geeignete Berater für Rundfunkfragen durchaus zur Verfügung gestanden hätten. So hätte etwa der Senior des deutschen Rundfunks, Staatssekretär Dr. h. c. Bredow, ungeachtet seines Alters, für eine wirklich fachlich-beratende Funktion verpflichtet, der Bundesregierung gute Dienste leisten können. Ein Mann der vom ersten Sendetage ab mit der Entwicklung des Rundfunks verbunden, nach seiner fast ein Menschenalter währenden Rundfunkarbeit, als Vater des deutschen Rundfunks bezeichnet wird, hätte alle Ratschläge geben können, deren man in Bonn bedürfen mag. Die Tatsache, dass man dort nicht nach einem solchen Fachmann suchte, sondern Prof. Raskop berief, deutet auf wenig Überlegung bei dieser Wahl. Aber vielleicht suchte Dr. Adenauer nicht so sehr den Fachmann, als ein Werkzeug, um über den NWDR Rundfunkpolitik treiben zu können?

Partei Vorstandssitzung am 19. April 1950

In seiner Sitzung am 19. April bestätigte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Anschluss an ein politisches Referat des Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher die bisherige Haltung der Partei in der Frage des Beitritts der Westdeutschen Bundesrepublik zum Europarat. Danach kann die Partei einem Beitritt der Westdeutschen Bundesrepublik zum Europarat nicht zustimmen, wenn das Saargebiet als associiertes Mitglied aufgenommen wird.

Die Forderung nach freien Wahlen für ganz Deutschland wurde erneut unterstrichen und der Vorschlag Dr. Kurt Schumachers angenommen, dafür einzutreten, dass eine aus solchen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung die Funktion eines ersten regulären gesamtdeutschen Parlaments mit allen damit verbundenen Rechten ausüben soll. Das bezieht sich vor allem auf eine aus dieser Volksvertretung zu bildende Regierung für ganz Deutschland mit Sitz in Berlin.

Der Parteivorstand missbilligte den Versuch des Bundeskanzlers, anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin die Frage einer deutschen Nationalhymne nach persönlichem Ermessen zu präjudizieren, zumal die Partei diese Frage unter den gegebenen Umständen nicht für vordringlich wichtig hält. Der Vorstand billigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich das Verhalten Franz Neumanns und des gesamten Vorstandes des Landesverbandes Berlin der SPD.

Der Vorstand begrüßte die Initiative der Berliner SPD in der Frage der Neuwahlen für ganz Berlin. Nachdem in zwei grossen Versammlungswellen an den Sektorengrenzen die Bevölkerung bereits auf die besondere Bedeutung dieser Frage hingewiesen worden ist, wird jetzt die gleiche Forderung auch auf der parlamentarischen Ebene erhoben werden. In der Stadtverordnetensitzung am 20. April wird an alle vier Kommandanten das Ersuchen gerichtet werden, alsbald Wahlen in allen vier Sektoren Berlins zu genehmigen. Diese Initiative erscheint umso begrüßenswerter, als bei dem Besuch des Bundeskanzlers in Berlin ein entsprechender Vorstoss durch die Bundesregierung nicht erfolgt ist.

Die SPD verlangt von der Bundesregierung, dass sie das nachdrückliche Verlangen nach freien Wahlen für ganz Deutschland zur Forderung des gesamten Volkes erhebt und die Kenntnis der Tatsachen und Zusammenhänge dieses für die deutsche Zukunft entscheidend wichtigen Fragenkomplexes vor allen Dingen auch in die sowjetische Besatzungszone trägt. Das allgemeine Bewusstsein von der unerlässlichen Notwendigkeit, diese Forderung zu verwirklichen, müsse durch die Regierung auf jedmögliche Weise aktiviert werden.

Erich Ollenhauer berichtete über die Konferenzen der COMISCO in Hastings und der wirtschaftspolitischen Experten in Witten a.d. Ruhr. Für die Vollkonferenz der COMISCO in Kopenhagen vom 1. - 3. Juni wurden zu Delegierten benannt: Erich Ollenhauer, Herta Gotthelf, Pastor Heinrich Albertz, Dr. Hermann Veit, Herbert Wehner, Karl Meitmann und Anni Krahnstöver. Vom zuständigen Referat des Parteivorstandes wird eine Denkschrift über die Zwangsarbeit und die Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone vorbereitet, die der Kopenhagener Konferenz vorgelegt werden soll.

Herta Gotthelf berichtete über die Tagung des Internationalen Frauenkomitees in Salzburg.

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau